

Gemeinsam für ein Europa ohne Armut

Sperrfrist
12. Oktober 2020

Bereits vor der Corona-Krise waren in der EU mehr als 109 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Viele Menschen haben in Folge der Pandemie ihre Arbeitsplätze verloren und finden sich in existenziellen Notlagen wieder. Während das Ausmaß der sozialen Folgen der Krise noch nicht genau bezifferbar ist, lässt sich bereits jetzt feststellen, dass vulnerable Personengruppen besonders stark von der Krise betroffen sind. Wir als Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Sozialverband Deutschland (SoVD) wollen dies (Status Quo) nicht hinnehmen: Wir haben eine Vision von einem Europa, welches seine Bürger*innen vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt. Wir machen uns stark für ein solidarisches und soziales Europa, das niemanden zurücklässt. Hierfür brauchen wir mutige Initiativen. Das bedeutet auch, dass konkrete Ziele zur Armutsbekämpfung festgelegt werden müssen, z. B. im Rahmen der neuen EU-Wachstumsstrategie. Wir als AWO und SoVD fordern gemeinsam die folgenden politischen und finanziellen Maßnahmen:

1. Europäische Säule sozialer Rechte umsetzen

Die Europäische Säule sozialer Rechte schreibt Grundsätze für gut funktionierende Arbeitsmärkte und stabile Sozialsysteme fest. Als AWO und SoVD fordern wir, dass diese Grundsätze konsequent umgesetzt und verbindliche Rechtsakte daraus abgeleitet werden. Zudem müssen ihre Grundsätze bei der Politikgestaltung stärker berücksichtigt werden. Nur so kann die Säule zur substanziellen Armutsreduzierung beitragen. Besonderer Fokus muss dabei auf den folgenden Maßnahmen liegen. →

Sperrfrist
12. Oktober 2020

2. Europäischen Rechtsrahmen für Mindestlöhne einführen

Ohne auskömmliche Löhne kann Armut in Europa nicht bekämpft werden. Daher sprechen sich SoVD und AWO für einen europäischen Rechtsrahmen für Mindestlöhne aus. Angemessene Mindestlöhne tragen dazu bei, Einkommensarmut einzudämmen und in der Folge auch Altersarmut zu verhindern. Auskömmliche Mindestlöhne würden auf europäischer Ebene auch einen wichtigen Beitrag für faire Arbeitsbedingungen leisten und gleichzeitig die Wertschätzung bisher unzureichend anerkannter Berufe steigern.

3. Verbindliche europäische Mindeststandards für Mindestsicherungssysteme setzen

Die sozialen Sicherungssysteme sollen Menschen vor existenzieller Not schützen. Als AWO und SoVD fordern wir, endlich eine EU-Rahmenrichtlinie für europaweite Mindeststandards für Mindestsicherungssysteme einzuführen. Aktuell finden sich zwar in allen Ländern Mindestsicherungssysteme, doch deren Ausstattung und Ausgestaltung erreichen in vielen Fällen bei Weitem kein existenzsicherndes Niveau. Klar muss dabei auch sein, dass die Einführung von europäischen Mindeststandards nicht zu Verschlechterungen bereits existierender sozialer Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten führen darf. Darüber hinaus müssen aus Sicht der AWO und des SoVD auch in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten flächendeckend existenzsichernde Arbeitslosenversicherungen sichergestellt werden.

4. Kindergarantie konkretisieren

Fast jedes vierte Kind in Europa ist von Armut bedroht. Das ist aus Sicht von SoVD und AWO nicht hinnehmbar – Kinder brauchen besonderen Schutz. Wir fordern daher eine schnelle Konkretisierung der geplanten Kindergarantie. Sie muss den Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu kostenloser Bildung und Betreuung, menschenwürdigem Wohnraum und angemessener Ernährung sicherstellen.

5. Jugendgarantie stärken

Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen lag in der EU bereits vor der Corona-Krise bei 15 Prozent¹. Es zeichnet sich deutlich ab, dass junge Menschen von einem erneuten drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die europäische Jugendgarantie ist ein geeignetes Instrument, um die Beschäftigungssituation von jungen Menschen zu unterstützen. Deshalb muss die Jugendgarantie gestärkt werden und insbesondere die Mitgliedstaaten sollten schnelle Unterstützung erhalten, die von Jugendarbeitslosigkeit besonders getroffen sind. AWO und der SoVD fordern: Jugendlichen müssen gleiche Chancen auf Bildung und Beschäftigung garantiert werden.

6. Bezahlbares Wohnen verwirklichen

Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und die Wohnungsnot in Europa ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, muss der Zugang zu bezahlbarem, sozialem und auch barrierefreiem Wohnraum erleichtert werden. Sozialer Wohnungsbau darf nicht den Wettbewerbsregeln im EU-Beihilferecht unterliegen. Durch entsprechende Prioritäten bei den Kohäsionsfonds müssen weitere Anreize für bezahlbaren Wohnungsbau gesetzt werden. Außerdem braucht es strengere Regelungen bei Leerstand und Spekulation mit Wohnraum.

7. Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben

Der EU-weite Gender Pay Gap beträgt nach wie vor durchschnittlich 16 Prozent². Es gilt, der Lohndiskriminierung von Frauen entschieden zu begegnen, um deren eigenständige Existenzsicherung zu gewährleisten und Altersarmut entgegenzuwirken. An der Corona-Pandemie wird zudem besonders deutlich, wie wichtig Care-Berufe aber auch systemrelevante Beschäftigungen (z. B. im Einzelhandel) sind, um die Versorgung der Gesellschaft zu sichern – Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig und die in der Regel schlechter bezahlt sind. Als SoVD und AWO fordern wir: Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Frauen müssen sich endlich spürbar verbessern.

1 Die Angabe bezieht sich auf die EU-27 im Jahr 2019 und Personen in der Altersklasse von 15 – 24 Jahren.
Quelle: Eurostat (2020): <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tesem140/default/table?lang=de>

2 Quelle: European Institute for Gender Equality (2019):
<https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/data-talks/what-lies-behind-gender-pay-gap>

Sperrfrist
12. Oktober 2020

8. Inklusion von Menschen mit Behinderungen realisieren

Menschen mit Behinderungen kommen in den politischen Auseinandersetzungen insbesondere in Krisenzeiten häufig gar nicht vor und Ziele wie Inklusion und Barrierefreiheit treten in den Hintergrund. Gemeinsam fordern wir: Menschen mit Behinderungen müssen endlich in allen Lebensbereichen die gleichen Rechte und Anspruch auf Würde, Gleichbehandlung, unabhängige Lebensführung, Selbstbestimmung und volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Dafür sind europäische Maßnahmen zur konsequenten Inklusion und für flächendeckende Barrierefreiheit erforderlich. Dringend nötig sind auch inklusive Arbeits- und Bildungsangebote für Menschen mit Behinderungen.

9. Finanzierung sicherstellen

Um der Verschärfung von Armutslagen entschieden zu begegnen, muss auch eine angemessene Finanzierung sichergestellt werden. Die weiteren Verhandlungen zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 dürfen nicht dazu führen, dass bestehende beschäftigungsfördernde und soziale Förderprogramme finanziell schlechter gestellt werden. Denn aus Sicht des SoVD und der AWO sind die vorgesehenen Kürzungen beim Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) unvereinbar mit dem Ziel, ein Europa ohne Armut zu schaffen und den sozioökonomischen Folgen der Corona-Krise zu begegnen. Die EU-Strukturfonds müssen für eine wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz in strukturschwachen Regionen sorgen. Damit tragen sie dazu bei, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Ungleichverteilungen abzubauen.

Die EU ist eine Wertegemeinschaft, welche nicht durch die Missachtung rechtsstaatlicher Standards ausgehöhlt werden darf. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Einigung des EU-Rates, die Vergabe von Fördermitteln mit der Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu verknüpfen.

Wir – AWO und SoVD – sind überzeugt: Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sind unverzichtbar für ein soziales und solidarisches Europa ohne Armut.

Berlin im Oktober 2020